Nummer 27 — Berlin, 5. Juli 1919 — 29. Jahrgang

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schicklerstraße 5.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei, Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.

Insertionspreis:
Geschäftsanzeigen kosten die sechsgespaltene Kolonelzeile 40 Pfennig.
Schluß für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Der Frieden kam . . .

Der Frieden kam. Der Sommer stieg
Zur Höhe reich und blütenschwer.
Der Frieden kam: nun hängt der Krieg
Nicht drohend uns zu Häupten mehr!

Der Frieden kam: er preßt das Knie
Dem wunden Gegner auf die Brust . . .
So dachten wir den Frieden nie, —
Und hatten's doch schon lang gewußt!

Der Krieg ist aus, der Frieden kam.
Wir schaun nicht auf. Wir bleiben stumm.
Uns sank das Haupt. Die Hand wird lahm.
Und bitter geht ein Trauern um . . . .

Frieden . . .

Nun ist der Frieden gekommen. Eine Last ist von uns genommen. Und doch will ein Gefühl der Freude nicht in uns hochsteigen. Die meisten hatten sich den Frieden wohl anders gedacht: versöhnlicher, befreiender, erlösender. Unser Fuß darf wieder freiwandeln. Aber eine schwere Kette hemmt klirrend all seine Bewegungen. Die Menschen sind stumm und still geworden. Trotz aller lärmenden Lustbarkeiten geht ein Stöhnen durch die Heimat. Und der Sommerwind vermag die Seufzer nicht zu übertönen. Das Jahr ist auf seine Höhe gestiegen: mit ihm die Not des Volkes. Unsere Zukunft hängt grau und trübe über uns. Kein Lichtblick will sich dem Auge zeigen. Gelähmt hängen die Arme an unseren Schultern. Und doch müssen wir arbeiten, soll die Heimat nicht vollends untergehen. Was der Krieg gesät, müssen wir nun ernten. Mit dunklen Fittichen flattert die Verzweiflung über dem Lande.

Nun ist der Frieden gekommen. Die Glocken schweigen. Die weißen Fahnen wehen nicht über den Dächern der Häuser. Und doch ruft die Saat. Der Sommer ist auf dem besten Wege, die Verheißungen des Frühlings zu erfüllen. Aus der Tiefe der Erde, wo so viele ruhen, stieg die Saat empor, den Ausgehungerten Frucht zu geben. Wo so viele ruhen . . . Die Sichel des Krieges hat ihre Jugend gemäht. Der Schlachtentod hat unendlich viel Jugend und Glück vernichtet. Krüppeln begegnet das Auge auf Schritt und Tritt. Sie gaben dem Vaterlande ihr Bestes: ihre Gesundheit. Nun soll das verarmte und zerstückte Vaterland ihre Heldengabe vergelten, soll gutmachen, belohnen, sich dankbar zeigen . . . .

Nun ist der Frieden gekommen. Zäh und verbissen haben wir gerungen. Gerungen um ein bißchen Hoffnung auf Glück, um die Möglichkeit, uns wieder emporzuarbeiten. Die Hoffnung hat getrogen, die Arbeitsfreudigkeit hat der siegreiche Gegner zerstampft. Noch wissen wir nicht, wohin uns dieser Weg führen wird. Durch Dornen und Steingeröll werden wir ihn uns bahnen müssen. Die wir im verruchten Kriege unser Blut und unsere Tränen vergossen werden, in dem nun genahten Frieden unsern Schweiß, unsere letzte Kraft hergeben müssen. Denn wir wollen leben! Und so schreiten wir durch das schmale Tor in die Zukunft hinein. Der Frieden ist gekommen . . . .

Die Tagung in Stuttgart.

(Schluß.)

Zur weiteren Information über den Gang der Verhandlungen verweisen wir auf das demnächst erscheinende Protokoll, über den Vortrag und die Diskussion über die Rätefrage werden wir in nächster Nummer eingehender berichten. Mitteilen wollen wir die wichtigsten Beschlüsse. Vorausgeschickt sei, daß die Beschlüsse am 1. Oktober 1919 in Kraft treten.

Die Aufnahmegebühr beträgt in allen Beitragsklassen 50 Pf.

Der Wochenbeitrag beträgt bei einem Lohn über 60 Mk. 1 Mk., von 40 bis 60 Mk. 80 Pf., unter 40 Mk. 60 Pf. Kost wird mit 20 Mk. berechnet.

Die Erwerbslosenunterstützung beträgt

pro Tag		bei Arbeitslosigkeit	bei Krankheit
bei 1 Mk.	Beitrag	1,75 Mk.	1,20 Mk.
„ 80 Pf.	„	1,50 „	1,10 „
„ 60 Pf.	„	1,10 „	0,80 „

Das Sterbegeld bleibt in den zwei oberen Beitragsklassen in gleicher Höhe wie bisher, für die jetzt geschaffene 60-Pf.-Klasse sind festgesetzt als Anfangsunterstützung 40 Mk., steigend um jährlich 4 Mk. bis 76 Mk.

Die Streikunterstützung ist wie folgt geregelt: Bei 1 Mk. Beitrag pro Wochentag 3,80 Mk., bei 80 Pf. Beitrag 3 Mk., bei 60 Pf. Beitrag 2,20 Mk. Außerdem wird in allen drei Beitragsklassen an die Frauen der streikenden Mitglieder pro Wochentag 50 Pf. und an jedes Kind unter 14 Jahren 20 Pf. gezahlt.

Allen Mitgliedern ist gestattet, entsprechend ihrem Verdienst in die nächsthöhere Beitragsklasse zu zahlen. — Invalide Mitglieder zahlen 10 Pf. Beitrag und erhalten sich das Recht auf Sterbegeld und Rechtsschutz in Rentensachen.

Um nicht die Gewerkschaftskasse zugunsten der Krankenkassen oder Erwerbslosenkassen zu belasten, wurde beschlossen, daß die Verbandsunterstützung nur in einer Höhe gezahlt wird, die jede Anrechnung seitens dieser Kassen ausschließt.

Rechtsschutz wird nun schon nach mindestens 13wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung gewährt.

Für Kartellbeiträge dürfen nach den Beschlüssen ab 1. Oktober 15 Pf. pro Mitglied und Quartal angerechnet werden.

Die Sitzungsgelder wurden auf 1 Mk. erhöht.

Für die Wahl der Delegierten zum Verbandstag gilt in Zukunft folgende Bestimmung:

„Die Zahlstellen entsenden auf je 1000 Mitglieder einen Delegierten. Bei der Einteilung der Wahlkreise sind die bestehenden Agitationsbezirke möglichst zugrunde zu legen.

Um auch den kleineren Zahlstellen Vertretungen auf dem Verbandstage zu sichern, sind Zahlstellen mit über 1000 Mitgliedern möglichst mit anderen Zahlstellen im Wahlkreise nicht zusammenzuziehen. Solche Zahlstellen sollen möglichst einen Wahlkreis für sich bilden, mit der Maßgabe, daß für die je das volle 1000 überschießende Mitgliederzahl bis zu 500 ein besonderer Delegierter nicht zugestanden wird."

Neu geschaffen ist eine wichtige Institution: der Verbandsbeirat. Ueber seine Zusammensetzung und seine Funktionen informiert der folgende Beschluß:

Zur Unterstützung des Verbandsvorstandes in wichtigen Organisationsfragen wird an Stelle der bisherigen Bezirksleiterkonferenzen ein Verbandsbeirat gewählt. Er setzt sich zusammen:

aus dem Vorsitzenden des Verbandsausschusses, dem 1. und 2. Verbandsvorsitzenden, dem Verbandskassierer, dem Redakteur der „Verbandszeitung", einem unbesoldeten Vertreter des Verbandsvorstandes,

den im allgemeinen mit Führung der Lohnbewegungen betrauten Beamten bzw. deren event. Nachfolgern in den Bezirken Königsberg, Breslau, Berlin, Hamburg, Leipzig, Regensburg, Mainz, Düsseldorf

und aus 15 durch Urabstimmung zu wählenden Vertretern.

Zwecks Vornahme der Wahl ist das Verbandsgebiet in 15 Wahlkreise mit möglichst gleicher Mitgliederzahl einzuteilen. Die Wahl erfolgt durch Urabstimmung, ist geheim und geschieht nach dem Wahlmodus zum Verbandstag bzw. Gewerkschaftskongreß. Ist ein Beiratsmitglied an der Teilnahme der Sitzung verhindert, so tritt an dessen Stelle der Kollege mit der nächsthöchsten Stimmenzahl.

Zu den Verbandsbeiratssitzungen können nötigenfalls noch andere Vertreter mit beratender Stimme zugezogen werden.

Der Beirat hat sich spätestens 3 Monate nach Stattfinden eines jeden Verbandstages zu konstituieren. Seine Geschäftsführung gibt sich der Verbandsbeirat selbst. Die Amtsdauer ist von Verbandstag zu Verbandstag.

Die durch Urwahl gewählten Beiratsmitglieder wählen aus ihrer Mitte 3 Delegierte zur Berichterstattung zum Verbandstag und je einen Ersatzmann. Außerdem nehmen die dem Verbandsbeirat angehörenden Bezirksleiter am Verbandstag mit beratender Stimme teil.

Die Einberufung des Verbandsbeirats erfolgt nach Bedarf. Er muß einberufen werden, wenn mindestens die Hälfte der Beiratsmitglieder einen dahingehenden Antrag stellen. Die Einberufung erfolgt durch den Verbandsvorstand. Stimmrecht haben alle Mitglieder des Beirats aus.

Der Mitberatung und Beschlußfassung des Verbandsbeirats unterliegen:

a) Vorberatungen von umfangreichen Lohnbewegungen, Festlegung der Richtlinien bei Lohnbewegungen und Streiks;
b) Erhebungen von Extrabeiträgen;
c) Abschluß von Kartellverträgen und Beratung allgemeiner organisatorischer Fragen.

Die Verhandlungen des Verbandstages sind durchaus sachlich verlaufen, die wichtigsten Beschlüsse wurden einstimmig oder nahezu einstimmig gefaßt. Bei der Diskussion über das Rätesystem kam von allen Diskussionsrednern zum Ausdruck, daß die Räte ihre Aufgabe nur erfüllen können bei starker gewerkschaftlicher Organisation. Das war das Leitmotiv der ganzen Beratungen. Und das gibt uns die Bürgschaft, daß allerseits daran gearbeitet werden wird, unsere Organisation immer mehr zu erstarken. Hierzu wollen wir nun in der Agitation wacker fortarbeiten, jeder an seinem Platz.

Durchbrechung des Achtstundentags in den Württemberger Mühlen.

Unterm 5. Juni hat das Württemberger Arbeitsministerium, gez. Schlicke, dem Müllerbund auf eine Eingabe folgende Antwort erteilt:

„Auf Grund von VII der Anordnung für die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November/17. Dezember v. J. verfüge ich nach Anhörung der Gewerbeaufsichtsbeamten bezüglich der Durchführung des achtstündigen Arbeitstages im Müllergewerbe:

In denjenigen Müllerbetrieben, die weniger als sechs Arbeitskräfte (Müllerburschen, Lehrlinge und Fuhrleute zusammengerechnet) beschäftigen, dürfen die über 16 Jahre alten männlichen Hilfskräfte im Bedarfsfalle länger als acht Stunden im Tag beschäftigt werden mit der Maßgabe, daß innerhalb der auf den Arbeitsbeginn folgenden 24 Stunden eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 12 Stunden zu gewähren ist. Diese Ausnahme erstreckt sich nicht auf die Sonntage. Die Genehmigung zu Abweichungen vom achtstündigen Arbeitstag in größeren Betrieben ist von Fall zu Fall beim zuständigen Gewerbeinspektor zu beantragen."

Uns interessiert zunächst bei der Angelegenheit die Frage, ob Genosse Schlicke, der bisherige Arbeitsminister für Württemberg, vor seiner Entscheidung auch Vertreter der Mühlenarbeiter und unseres Verbandes gehört hat. Wir bezweifeln, daß das geschehen ist, sonst hätte Genosse Schlicke sicher nicht eine Entscheidung mit seinem Namen gedeckt, die unserem stärksten Widerspruch herausfordern muß, denn in Mühlen mit vier müllerischen Arbeitskräften und einem Mühlenkutscher bzw. drei Mühlenarbeitern und zwei Fuhrleuten ist der Achtstundentag durch Einstellung von ein oder zwei weiteren Arbeitskräften ohne jede Schwierigkeit leicht durchzuführen. Die Durchbrechung des Achtstundentags lassen wir uns unter keinen Umständen gefallen und wir fordern unsere Zahlstellen in Württemberg auf, beim Arbeitsministerium in Stuttgart sofort die geeigneten Schritte zur Aufhebung dieser Verfügung zu tun. Hilft das nicht, dann sollen unsere Kollegen zur Selbsthilfe greifen und alle über acht Stunden hinausgehende Arbeit einfach verweigern.

Ein Wort über Betriebsräte.

Der Krieg, welcher nach der Regie der Agrarier geführt wurde, hat manches Gute und viel Böses gestiftet. Betrachten wir uns einmal näher die Frage, wer am schwersten unter der Lage der jetzigen Verhältnisse leidet. Die Kriegs- und Großindustrie hat ihr Fett abgeschöpft, auch die Großmühlen haben ihr Schäfchen ins trockne gebracht. Heute, wo wir vor dem Ruin stehen und die Größe des Elends kaum zu überblicken ist, hat keiner die Schuld. Die Zahl der Arbeitslosen steigt von Tag zu Tag; am schwersten wird dadurch das Proletariat betroffen. Einst, als dessen Söhne im fernen Osten, im Westen, im heißen Afrika, überall, wo der Imperialismus in schnöder Eroberungsgier die Krallen ausstreckte, mit ihrem Blut und Leben einstanden, sprach man in wohltönenden Worten: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!" Die Zeit hat uns anders belehrt; jeder berücksichtigt seine eigenen Interessen. Zur Durchführung und Regelung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung einer Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmerschaft wäre es angebracht, wenn heute die Betriebsunternehmer dem Arbeiter etwas mehr Entgegenkommen zeigten, zumal in solchen Betrieben, wo verschiedene Millionen Kriegsgewinn zu verzeichnen sind

und diese Millionen teils auf Kosten unserer gefallenen und erwerbsunfähig gemachten Brüder erworben sind. Wo bleiben heute die Schreier der Vaterlandspartei, die ein Volk blind ins Verderben führten. Wenn der entlassene Arbeiter vor ihnen steht, wird ihm gesagt: „Ja, wir können nicht anders; wo sollen wir bleiben, der Kriegsgewinn hat sein Ende!“

Sehr zu beklagen ist, wenn es noch Leute gibt, die sich mit solchen Ausflüchten zu entschuldigen suchen. Warum sträubt man sich mit Händen und Füßen gegen die Betriebsräte, die Arbeitsausschüsse und die Sozialisierung? Nur aus dem Grunde, weil die Millionenverdienste in Wegfall kämen. Bedauerlicherweise gibt es heute noch Elemente, die auf dem Standpunkt stehen, die Revolution habe Deutschland ins Verderben gestürzt. Es ist bitter für uns, daß wir uns unter die Diktatur der Entente stellen müssen. Aber auch dort wird sich Recht und Drang zur Freiheit bemerkbar machen; man wird das Joch abzuschütteln versuchen, wie wir es vermochten.

Die Intelligenz der Arbeiterschaft hat die deutsche Industrie auf die höchste Stufe gebracht. Dies zeigt uns das Volksvermögen, welches seit fünfzig Jahren um die Hälfte gestiegen ist. Der Kapitalist hat es verstanden, diese Intelligenz für sich materiell auszunützen, indem die Akkordarbeit eingeführt wurde, die heute mit allem Ernst bekämpft werden muß. Wir wollen arbeiten, aber für unsere Arbeit verlangen wir auch Rechte und Anteil an den Gewinnen. Vor allem, daß die Betriebsausschüsse als das anerkannt werden, was sie sein sollen, das Vermittelungsglied zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer.

Daß es im Zeitalter der Revolution noch entlegene Winkel gibt, wo Junkertum und Kapitalismus noch unbeschränkt herrschen, wo der Arbeitgeber sagen kann: „In meinem Betriebe bestimme ich!“, mutet wie ein Märchen an, ist aber traurige Tatsache. Vor allem ist es Pflicht, beim nächsten Gewerkschaftskongreß darauf hinzuwirken, daß die Arbeiter zu ihrem vollen Recht kommen, indem in allen Betrieben Betriebsräte geschaffen werden und denselben von den Betriebsunternehmern volles Entgegenkommen gezeigt wird. Es würde manche Angelegenheit besser geregelt werden können; die Arbeitslosigkeit wäre nicht so groß und vor allem wären die wilden Streiks etwas weniger.

Kollegen, fordert die Arbeiter zur Organisation auf, die noch abseits stehen und die Zeichen der Zeit noch nicht begriffen haben. Dann werden wir glücklich aus dem Chaos dieser Zeit gelangen.

Aken a. d. Elbe.

Teinhartel und Seckel.

Bezirkskonferenz zu Dresden am 25. Mai.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter in der Vergangenheit, Gegenwart und die Aufgaben für die Zukunft, dies Thema behandelt eingangs Kollege Backert-Berlin. Er wirft einen Rückblick auf die Entstehung der Organisation und weist auf die schwierigen Verhältnisse von früher hin: Willkür der Unternehmer, Rechtlosigkeit der Arbeiter, welches für manchen Arbeiter zum schweren Opfer wurde. Die Wirksamkeit der Organisation erkenne man daran, daß die früher 16—18stündige Arbeitszeit auf meistens neun Stunden bei Ausbruch des Krieges reduziert war. Die Organisation sicherte sich ferner das Mitbestimmungsrecht durch Einführung von Tarifverträgen, welche zum Teil günstiger waren als in vielen anderen Berufen. Auch unsere Organisation erlitt einen starken Rückgang nach Ausbruch des Krieges, und zugleich waren Unternehmer dabei, die Verhältnisse der Arbeiter zu verschlechtern. Auch hier zeigte es sich, wie notwendig die Organisation ist, die sich bemühte, so schnell als möglich Abhilfe zu schaffen. Als gleichzeitige Erscheinung des Krieges setzte die Teuerung ein, und die Organisation ging daran, durch Teuerungszulagen, entl. von Organisation zu Organisation, den Kollegen Hilfe zu bringen. Redner verurteilt jedoch die Teuerungszulagen und steht auf dem Standpunkt, daß die Zulage für die geleistete Arbeit und nicht als Geschenk zu betrachten sei. Während des Krieges war es Sorge der Organisation, sich um die Einstellung der Kriegsteilnehmer zu kümmern, daß jeder wieder eingestellt wurde, und die Organisation trat schon vor Beendigung des Krieges grundsätzlich für den Achtstundentag ein und hatte damit Erfolg. Auch die Organisationsbestimmungen wurden im Kriege aufrechterhalten, was ebenfalls von Vorteil für die Kollegen war. Zur Agitation übergehend bemerkt der Redner, daß der Krieg das ganze Agitationsfeld zerriß und müßte man die alten Kollegen wieder heranziehen, um so weiterzuarbeiten. Auch in Zukunft ist die Organisation ein sehr notwendiger Faktor, ohne Organisation ist jedenfalls nicht auszukommen. Deshalb muß in Zukunft auch der letzte Mann zur Organisation herangezogen werden. Dies sei nicht nur Sache der Leiter, sondern vor allem Sache der Kollegen in den Betrieben. Er schlägt ausgedehnte Einteilung der Bezirke der einzelnen Zahlstellen vor, um eine schärfere Agitation vornehmen zu können, welche Hand in Hand mit dem betreffenden Beamten geschehen soll, damit die Verwaltung stets ein klares Bild hat. Nur so kann ein genaues und pünktliches Kontrollieren der Beiträge durchgeführt werden. Lohnbewegungen in der Zukunft können nur durch die Hand des Beamten geleitet werden, und es soll möglichst wenig Schnitzer geben im Interesse der Allgemeinheit. Redner stellt am Schlusse seiner Ausführungen fest, daß vor und während des Krieges von der Organisation alles getan worden ist, im weitgehendsten Sinne für das Wohl der Kollegen.

In der Debatte entwirft Liebelt ein Bild der Brauereien in der Zukunft und glaubt, daß Betriebe umgestellt werden müssen. Bezüglich der Teuerungszulagen bemerkt er, daß ein Sinken der Preise wohl nicht zu erwarten sei, so daß die Zulagen danach eingerichtet werden müssen, evtl. für kinderreiche Familien der Staat Sorge zu tragen und Zuschüsse bis zu einem gewissen Grad zu leisten hat.

Goldammer-Chemnitz stellt fest, daß noch sehr verschiedene Löhne existieren, hauptsächlich in der Mühlenindustrie, er wünscht mehr Interesse für Einheitslöhne und verwirft, bei Lohnfragen den Familienstand in Frage zu ziehen, es könnte sonst zur Benachteiligung führen. Redner befaßt sich in längeren Ausführungen mit der Agitation und ist ebenfalls der Meinung, daß der letzte Mann in den Verband hinein müsse, was aber Sache der Kollegen sei.

Backert nimmt Stellung zur Verschmelzung der verschiedenen Organisationen und ist der Meinung, daß das zu ungeheuren Grenzstreitigkeiten führen werde, was mithin noch eine Frage der Zukunft sei, und jedenfalls eine Besserstellung der Kollegen unserer Organisation nicht zu erwarten ist. Er tritt für einheitliche Organisation im eigenen Beruf ein. Auch glaubt Redner, daß in Zukunft eine Erdrosselung der Brauereien nicht zu erwarten sei, daß das Gerstenangebot in Zukunft genügend sein werde. Nur die Kriegsumstände halten uns beengt. Er kommt zu dem Schluß: Gleiche Arbeit, gleichen Lohn.

Zu Punkt 2: „Was erfordert die Zeit von unseren Mitgliedern im Bezirk“ führt Brödner die Verhältnisse im Bezirk vor und während des Krieges an und stellt fest, daß in einzelnen Orten gute Lohn- und Arbeitsbedingungen bestanden, im allgemeinen es aber teilweise sehr schlecht aussah, was in erster Linie auf die große Lauheit der Kollegen selbst zurückzuführen sei. Redner befaßt sich weiter mit den Leistungen, was geschaffen worden ist seit Einsetzen der Revolution. Sofort ging man mit aller Kraft vor, die Kollegen zu organisieren und bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, was besonders in den kleineren Orten außerordentliche Anstrengungen erforderte. Er glaubt für die Zukunft verschiedene Systeme vorschlagen zu können, einmal die Großstadt, dann mittlere Städte und ländliche Bezirke. Es gehöre aber auch überall ein festes und geschlossenes Zusammenhalten und -arbeiten der einzelnen Kollegen dazu, um mit aller Kraft die Organisationsleitung zu unterstützen. Die Kollegen ermahnt er, immer für Einführung von Tarifen Sorge zu tragen. Die Verbesserungen einzelner Brauereien im Bezirke seien nur dort zu verzeichnen, wo man die Haupttruppen der Organisation stehen habe, was jedem beweist, daß der Unternehmer wohl mit Geschlossenheit der Kollegenschaft rechnet. Gehe also jeder mit sich zu Gericht und sehe sich jeder selbst ins Gewissen, ob er nicht für die Zukunft mehr leisten kann. Die Tarifrevision sei im Bezirke eingeleitet und werde in den nächsten Tagen zur Bekanntgabe fertig sein. Er weist ferner darauf hin, daß speziell für Dresden auf lange Zeit Arbeitslosigkeit bestehen wird, und soll ein allgemeiner Arbeitsnachweis eingeführt werden, damit jeder Kollege, ob gelernt oder ungelernt, Gelegenheit zur Arbeit findet. Im Mühlengewerbe kann man erst seit der Revolution mit einem besseren Vorgehen rechnen, da bis dahin ebenfalls der Indifferentismus der Kollegen die Schuld trägt. Auch hier hole jeder einzelne das Versäumte nach. Die Malzfabriken sind ebenfalls in einer schlechten Lage auf Grund allgemeinen Arbeitsmangels, trotzdem ist auch hier die Organisation bemüht, die Kollegen in den Betrieben zu halten; nur die Malzfabrik in Niedersedlitz sei gut beschäftigt, leider seien dort noch mehrere Kollegen, in denen der Geist noch nicht erwacht sei, sich zu organisieren, was leider ein trauriges Zeichen sei. Bei einem Teil der Meißner Mühlenbesitzer besteht außerordentliche Rückständigkeit, auch hier müssen die Kollegen geschlossen Mann für Mann hinter die Leitung der Organisation treten. Noch trauriger sei dies Bild in der Lausitz, wo vor allem die große Lauheit der dortigen Kollegen die Schuld trage. Auch dort muß der Sache in die Organisation, um auch dort zu erreichen, was man in anderen Orten längst hat. Des weiteren wird Kritik geübt, daß manche Kollegen, wenn es nicht nach ihrer Meinung gehe, die Organisation angreifen. Dies möge im Interesse aller vermieden werden, um die ersprießliche Arbeit nicht darunter leiden zu lassen. Winkler schließt sich den Ausführungen Brödners an und berichtet aus jahrelanger Tätigkeit, daß außer der Lausitz noch besonders der Zittauer und Pirnaer Bezirk viel zu wünschen übrig liegen. Auch dort sollten sich die Kollegen ihrer Pflicht endlich einmal bewußt werden, denn wer ernten wolle, müsse vor allem auch säen.

Krumpholz verurteilt ebenfalls die politischen Angriffe, die Politik dürfte in die wirtschaftlichen Fragen nicht hineingetragen werden. Kunt-Radeberg wünscht, daß bei Entlassungen der Einstellung nach gehandelt werden solle und meint, daß die Politik im Betriebe sich nicht ganz vermeiden lasse, solle aber nicht zur Zersplitterung führen. Die Agitation auf dem Lande sei so zu handhaben, daß die betr. Kollegen nicht geschädigt würden. Kunt stellt richtig, daß der Arbeitsnachweis für alle Arbeiter in den Brauereien und Mühlen in Frage komme, auch auf die Malzfabriken solle sich dies beziehen. Krumpholz gegenüber stellt er fest, daß nicht die Politik im Betriebe in Frage komme, sondern daß es sich auf gewerkschaftliche Versammlungen beziehe. Goldammer-Chemnitz ist der Meinung, daß die ganze Arbeitsnachweisfrage in Zukunft jedenfalls gesetzlich geregelt werden müsse, auch empfiehlt er in den Mühlen mit den Besitzern in die Arbeitsgemeinschaft einzutreten, um Lohn- und Arbeitsfragen besser zu regeln und eventuell auch gegen die Behörden Beschwerde führen zu können. Die Agitation soll im weitesten Sinne angewendet werden, und auf eine Tarifreform für das ganze Reich hingearbeitet werden. Hecker-Dresden gibt zu, daß die Lausitz bisher zu wünschen übrig ließ, jetzt die Organisation aber auch Fortschritte mache und hoffe dadurch auch dort mehr einheitliche Löhne zu erreichen. Barchold-Riesa verbreitet sich näher über die Organisation in den Betrieben; viele Kollegen in den Betrieben zeigen wenig Interesse und bleibe da vieles zu wünschen übrig. Der Arbeitsnachweis sei nicht immer vorteilhaft, hauptsächlich in den kleinen Bezirken, auch ist er nicht für Arbeitsgemeinschaft, und bemängelt bei Einsendung von Artikeln an die Zeitung, daß die Lohnhöhe gestrichen wird, so daß kein klares Bild über die Lohnsätze in den verschiedenen Orten zu haben sei. Richter tritt nochmals für die Verschmelzungsfrage ein. Backert-Berlin: Die Agitation in den Betrieben soll nach genauer Abgrenzung der Bezirke von den Kollegen der gut organisierten Betriebe in den schlecht organisierten Betrieben vorgenommen werden, um den Beamten die Agitation zu erleichtern. Er tritt nochmals für die Arbeitsgemeinschaft ein, schon aus beruflichen Gründen. Brödner geht nochmals auf die Arbeitsnachweisfrage ein und soll diese eine Hauptfrage für die Zukunft sein. Bezüglich Agitation sollen die Bezirke nach der Amtshauptmannschaft eingeteilt werden, wo man die Agitation auch mit einem Flugblatt betreiben könne; auch er empfiehlt die Arbeitsgemeinschaft im Interesse der Kollegen.

Punkt III: „Arbeiterausschüsse oder Betriebsräte und Schlichtung von Differenzen in den kleinen Betrieben.“ Winkler macht Ausführungen über die Rechte und Pflichten der Arbeiterausschüsse und vertritt den Standpunkt, nur geeignete Kollegen dazu zu wählen; sie müssen bis 1. Juli allerorts gewählt sein. Bei der Beilegung von Differenzen und Lohnstreitigkeiten geht er näher auf die kleinen Betriebe ein und gerade da werde sich zeigen, wie notwendig die Arbeitsgemeinschaft sei und wie dort den Kollegen geholfen werden könne. Goldammer-Chemnitz verweist auf die Lücke in den Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse, wonach solche nur bei zwanzig Personen zu wählen sind und bemerkt, daß diese Ziffer zu hoch sei; sie müsse herabgesetzt werden, damit auch den kleinen Betrieben mehr Interesse entgegengebracht werden könne. Liebelt schlägt vor, daß in den kleinen Betrieben unter 20 Arbeitern dem Betriebsvertrauensmann die Funktion des Arbeiterausschusses übertragen werden soll. Schlichtungsausschüsse betr. bemängelt der Redner die jetzige Einrichtung dieser Instanzen. Barchold-Riesa schlägt vor, genügende Aufklärung zu geben über die Stellung der Betriebsräte, weiter bemängelt er, daß durch das letzte Gesetz landwirtschaftliche Arbeiter aufs Land gezwungen werden, ohne daß der Arbeiterausschuß genügend dagegen wirken kann. Backert-Berlin gibt Aufklärung über die Stellung der Betriebsräte, diese sind nicht mit den Arbeiterräten zu verwechseln. Es soll für genügende Aufklärung gesorgt werden, da den Betriebsräten schwere Aufgaben bevorstehen. Winkler bedauert in seinem Schlußwort, daß die Zeitung bisher so wenig getan habe für gesetzliche Aufklärung.

Zu Punkt IV: „Das Finanzgebühren in der Zahlstelle Dresden und was müssen unsere Vertrauensleute wissen“ führt Winkler aus, daß vor allem das Statut genau zu beachten sei, um Differenzen zu vermeiden, da die Unterstützungssätze sehr verklausuliert seien; außerordentliche Unterstützungen können nur bei besonders schweren Fällen gewährt werden. Gesuche können von der Lokalkasse nur in berechtigten Fällen erledigt werden. Auch müssen die Beiträge pünktlich einkassiert werden. Bücher sollen halbjährlich kontrolliert werden, ferner soll für alle Ausgaben ein Beleg eingesandt werden.

Zu Punkt V: Verschiedenes, bringt Brödner den Fall vom Lagerkeller Dresden zur Sprache und kritisiert das hartnäckige Verhalten der dortigen Direktion. Es soll nun beim Schlichtungsausschuß zum drittenmal über diesen Betrieb verhandelt werden, um dann eventuell von der Regierung weitere Maßnahmen zu verlangen. Krauße wünscht, daß die Mühlenarbeiter auf Grund ihrer jetzigen Organisationsstärke nicht vernachlässigt werden und regt öftere Versammlungen an. Liebelt schlägt vor, für den nächsten Verbandstag eine Neueinteilung der Wahlkreise vorzunehmen, um Mißstimmungen zu vermeiden. Oehmig fragt, warum bei Lohnbewegungen nicht der Grundlohn, sondern nur die Zulagen genannt werden. Backert-Berlin erklärt dies dahin, daß dies im Interesse der Kollegen geschehe. Man ist mit seiner Erklärung zufrieden.

Nach 8½ stündiger Tagung fand die sehr sachlich verlaufene Konferenz ihr Ende und die Kollegen gingen sehr befriedigt auseinander.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die letzten Tage und Wochen zeigten in Deutschland ein derartig stark pulsierendes gewerkschaftliches Leben, wie es die besten Friedenszeiten nicht aufweisen können. Eine Zusammendrängung solcher vieler Verbandstage auf einer knapp bemessenen Zeit macht uns die Berichterstattung äußerst schwierig, zumal unsere Mitglieder zunächst ihr vornehmstes Interesse dem eigenen Verbandstag zuwenden. Wir müssen es daher kurz machen und das Wichtigste ausschälen.

Die Bergarbeiter tagten in Bielefeld. Wohl keine Gewerkschaft wurde so von den politischen Meinungsverschiedenheiten berührt, wie gerade diese Organisation. Nach dem Bericht des Vorstandes ist der Bergarbeiterverband in verhältnismäßig wenigen Monaten gewaltig in die Höhe gegangen und umfaßte am 1. April d. J. 422 160 Mitglieder. Also nur ein Viertel alter und fast drei Viertel neue Mitglieder, die nach dem Berichterstatter die alten unterdrückten und die Erklärung für die Zustände der letzten Monate abgeben. Der Verband hat mit ganzem Gewicht seine Position erledigt und auch alle die Fragen zur Debatte gestellt, die im Vordergrunde des Interesses standen, wie Rätesystem und Sozialisierung. Auch fand der Verbandstag Zeit, sich der vielen sozialen Aufgaben des Bergarbeiterverbandes zuzuwenden, insbesondere wurde dem Knappschaftswesen großes Interesse entgegengebracht. Für die Wiederwahl des Vorstandes war maßgebend, daß der Verbandstag mit 177 gegen 90 Stimmen dem Vorstand das Vertrauen aussprach und mit derselben Stimmenzahl mit Enthaltung der Opposition wiedergewählt wurde.

Der Verband der Dachdecker tagte Anfang Juni in Frankfurt a. M. Die völlige Niederlage des Bauberufs beeinflußte auch die Entwicklung dieses Verbandes sehr stark und sind erst seit Ausbruch der Revolution Zeichen vorhanden, daß es möglich ist, den alten Mitgliederbestand wieder zu erreichen. Gegenwärtig zählt die Mit-

gliederzahl 6000. Mit der Tätigkeit des Vorstandes waren alle Delegierten mit Ausnahme einer einzigen Stimme einverstanden. Der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes hielt ein zeitgemäßes Referat über die Gewerkschaften im neuen Deutschland, welches allerdings in seinem Schluß auf die Schaffung einer Einheitsorganisation hinausklang. Gegen 5 Stimmen erklärte sich der Verbandstag für einen Zusammenschluß aller Berufe. Ferner nahmen die Delegierten ein Referat von Heinke über Bauarbeiterschutz und Sozialpolitik entgegen. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde mit 18 gegen 7 Stimmen beschlossen und dementsprechend die Beiträge geregelt. Die Wiederwahl des Vorstandes und der Gauleiter erfolgte einstimmig. Vor wenigen Wochen feierte die Organisation das Jubiläum des dreißigjährigen Bestehens.

Der Verbandstag der deutschen Eisenbahner, einer der jüngsten Kinder unserer Gewerkschaftsbewegung, hielt Ende Mai in Jena seine erste Generalversammlung ab, auf der es sehr heftig zuging. Aus einem Nichts ist in drei Jahren eine Riesenorganisation entstanden und dürften jetzt wohl 350 000 Mitglieder in Frage kommen. Also durchweg Mitglieder, die den gewerkschaftlichen Fragen und Erfahrungen fremd gegenüberstehen. Insbesondere hat die Revolution auf die Mitglieder außerordentlich stark eingewirkt und nehmen die Beunruhigungen kein Ende. Dieser Menschenschlag war für die neue ungebundene Idee eher zugänglich als der freie Arbeiter. Der seit fast einem halben Jahrhundert ausgeübte Druck der Staatsmaschine wurde zu plötzlich gelöst und der rasende Strom erfordert dann von selbst seine Opfer. Der Verlauf des Verbandstages, insbesondere die Stellungnahme gegen den Vorstand, der aus alten Gewerkschaftlern bestand, ist leicht erklärlich. Daß die Rätefrage hier eine große Rolle spielen würde, war vorauszusehen nach dem Verlauf des Frankfurter Rätekongresses und wurden die Richtlinien des Zentralrates anerkannt. Nichtsdestoweniger gelang es der Verbandsleitung, sich zu behaupten und siegte schließlich der Gedanke der Einheitsorganisation und wurden auch die bisherigen Leiter wiedergewählt. Das Statut wurde vollkommen der neuen Entwicklung zur großen Organisation angepaßt und reformiert im Beitrag- und Unterstützungswesen.

Der Zentralverband der Fleischer tagte im Anfang Juni in Berlin. Der Krieg hat auf die Mitgliederziffer stark eingewirkt und dezimierte die 7000 Mitglieder auf einen recht niedrigen Stand. Während des Krieges stieg er ziemlich stark in die Höhe, fiel aber mit der allgemeinen Fleischnot sehr rapide. Der Schluß des Krieges und die Revolution hat die Mitgliederziffer wieder auf 18 843 gebracht und auch die Kassenverhältnisse augenfällig aufgebessert. Der Verbandstag war seiner Natur nach sehr oppositionell zusammengesetzt, was sich insbesondere beim Vorstandsberichte, bei der Sozialisierungs- und Rätefrage zeigte. Bei einer Reihe anderer Anträge, die recht wenig mit der Gewerkschaftsarbeit zu tun haben, zeigte sich, daß die Mehrheit des Verbandstages auf der äußersten Linken stand. Bei dem Punkt Gewerkschaftskongreß forderte der Verbandstag eine Einheitsorganisation für alle Berufe. Der Verbandstag befaßte sich auch eingehend mit der Lehrlings- und Frauenfrage. Auch wurden einige Satzungsänderungen beschlossen. Der Vorstand wurde wiedergewählt.

Der Verband der Glasarbeiter tagte im Anfang Juni in Jena. Auch hier herrschte starke Konfliktstimmung. Der Glasarbeiter, ein geborener Proletarier seit Jahrhunderten sein armes Leben fernab vom Strom der Zeit vegetierend, ist solchen Einflüssen wie Krieg und Revolution stark ausgesetzt. Der Verband hatte vor Kriegsausbruch zirka 18 000 Mitglieder und fiel in wenigen Monaten auf ein Drittel dieser Ziffer herunter und hat sich mit Mühe und Not durch den Krieg hindurchgewunden. Jetzt ist seine Mitgliederzahl auf 35 000 angewachsen und stellt eine respektable Organisation dar. Daß in der Debatte viele politische Momente untermischt wurden, ist bei der Struktur der Verhältnisse erklärlich. Zustimmend erklärte man sich für einen Industrieverband aller Verbände und will der Vorsitzende der nächsten Vorständekonferenz geeignete Vorschläge machen. Der Vorsitzende Girbig hält die Flaschen- und Spiegelglasindustrie für die Sozialisierung reif. Die Beiträge wurden etwas erhöht und der Vorstand gegen drei Stimmen wiedergewählt.

Der Holzarbeiterverband tagte entgegen seiner ursprünglichen Absicht in Berlin statt in Hamburg. Die Vorkommnisse in den letzten Monaten, des besonderen die Maßregelung der Verbandsangestellten, richteten bereiten das Augenmerk aller Gewerkschaftler auf diese Tagung. Ziehen wir heute das Fazit, so hat der Verbandsvorstand sehr gut abgeschnitten. Die nicht unerhebliche Minorität war erklärlich bei der Bedeutung der Berliner Verwaltungsstelle dieses Verbandes. Die Organisation der Holzarbeiter ist jetzt nach dem Kriege wieder auf 300 000 Mitglieder gestiegen, nachdem sie während des Krieges auf zirka 80 000 herabgesunken war. Für die Solidarität des Verbandes zeugt trotz der großen Wirrnisse die Tatsache, daß der Verbandstag sich genügend Zeit nahm, das Kapitel der Lohnfrage und des Tarifwesens gründlich durchzusprechen. Bemerkenswert sind die Beiträge, die Frauenwerbung und bei der Arbeitszeit darin gipfelten, daß unter Beibehaltung des Achtstundentages der freie Sonnabendnachmittag zu fordern sei. Die gänzliche Beseitigung der Akkordarbeit wurde nur von einzelnen Delegierten gefordert und fand nicht die Billigung des Verbandstages. Die jetzigen Beiträge wurden durchschnittlich um 20—25 v. H. erhöht und betragen in der ersten Stufe 1,80 Mark. Die Streikunterstützung wird desgleichen erheblich verbessert und schon von 13 Wochen ab gewährt. Ebenso ist der Antrag auf Ausschluß des Reichstagsabgeordneten Noske, wobei sich 38 gegen und 63 Delegierte für Ausschluß erklärten. Im Schlußwort betonte Leipart besonders, daß dieser Verbandstag im Zeichen der Uneinigkeit stand, daß er aber die Hoffnung habe, daß die politischen Streitigkeiten aus den Gewerkschaften verschwinden. Die geschlossene Front gegenüber dem Kapital das sei die Parole des Verbandes und unser Ziel.

Es fanden weiter noch Verbandstage statt der Handlungsgehilfen, Maler, Maschinisten und Heizer, Lederarbeiter, Kupferschmiede, Töpfer und Zimmerer. Der Verlauf dieser Tagungen ist fast der gleiche. Bei der einen Organisation spielen die politischen Momente eine größere Rolle wie bei der anderen. Bei den Handlungsgehilfen ist man den politischen Ueberton gewöhnt. Auf dem Verbandstag der Zimmerer fand die Gegenströmung nur 7 Stimmen; auch bei den Lederarbeitern bestand eine nennenswerte Opposition nicht. Dieses in Verbindung mit den Resultaten der oben besprochenen Verbandstage läßt den Schluß zu, daß immer noch die Möglichkeit besteht, in absehbarer Zeit wieder zu einem geregelten Arbeiten zu kommen, nicht um dem Willen der Führer nachzukommen, sondern um die elementarsten Rechte der organisierten Arbeiter in künftigen Lohnkämpfen zu sichern.

Bewegungen im Berufe.

Brauereien, Bierniederlagen.

† Bremen. Eine Ergänzung zum Lohntarif mit den Bremer Brauereien wurde vereinbart. Danach betragen die Löhne, rückwirkend ab 31. Mai, für Frauen 65 Mk., Jugendliche bis 16 Jahren 55 Mk., Kundschaftsfahrer, Hilfsarbeiter, Hoffuhrleute 105 Mk., Brauer, Maschinisten, Heizer, Schlosser, Handwerker, Chauffeure 110 Mark. Arbeitszeit 8 Stunden. Fahrpersonal entl. 48 Stunden pro Woche. Für Ueberstunden 30 Proz., an Sonn- und Feiertagen 50 Proz. Aufschlag für alle Beschäftigten. Die Löhne für die Flaschenkellerarbeiter werden mit Wiederaufnahme des Flaschenbiergeschäfts vereinbart.

† Bremerhaven. Lohnbewegung der Brauereiarbeiter. Nach Verhandlungen mit dem Verein der Brauereien der Unterweser und dem Verein der Bierverleger wurde die bisherige Teuerungszulage für alle Arbeiter um 20 Mk. und für Frauen um 17,50 Mk. pro Woche erhöht, so daß die jetzigen Wochenlöhne für Brauer, Handwerker, Bierfahrer 110 Mk., Hilfsarbeiter 105 Mk. und für Frauen 65 Mk. betragen. Die Erhöhung trat für die Brauereien am 15. Juni und für die Niederlagen am 22. Juni in Kraft.

† Danzig-Elbing. Die in voriger Nummer der „Verbands-Zeitung" gemeldete Teuerungszulage für die Beschäftigten in der Brauerei Englisch Brunnen bezieht sich nicht auf Elbing sondern auf Danzig.

† Mannheim. In den hiesigen Brauereien haben wir eine weitere Zulage von 24 Mk. durchgesetzt, außerdem eine Entschuldungssumme von 200 Mk. Die Löhne betragen sonach in der 1. Klasse 110 Mk., 2. Klasse 100 Mk. pro Woche; für Jugendliche 75 Mk. In den Brauereien im besetzten Ludwigshafen wird das entsprechende veranlaßt werden, um auch diese Zugeständnisse zu erreichen.

† Pritzwalk. Streik und Tarifabschluß. Dem allgemeinen Streik um Lohnerhöhungen hatten sich auch die Kollegen der Brauerei Gustav Schraube angeschlossen. Nach längeren Verhandlungen kam ein Tarifvertrag zustande. Erreicht wurde die Ersetzung der Stundenlöhne durch Wochenlöhne. Die Lohnaufbesserungen betragen pro Woche 16,50—25 Mk. für die Männer und 9,60 Mark für die Frauen. Die Ueberstundensätze für Wochen- und Sonntagsarbeit wurden wesentlich erhöht, auch die 7. Schicht wird nach diesen Sätzen bezahlt. Die Bestimmungen des § 616 wurden zur Anerkennung gebracht, auch Urlaub wurde für die Kollegen erreicht; nach 1 Jahr 4 Tage, nach 2 Jahren 6 Tage. Ferner ist vertraglich festgelegt, daß nur Mitglieder unseres Verbandes eingestellt werden dürfen. An den Kollegen wird es nun liegen, das Errungene auch hochzuhalten, das wird nur dann möglich sein, wenn alle Kollegen fest zur Organisation halten.

Mühlen.

† Arnstadt. Lohnforderungen hatten die Arbeiter der Thüringer Stahlwerke durch den Verband einreichen lassen. Leider war der Herr Direktor Kunze nicht geneigt, die berechtigten Wünsche seiner Arbeiter zu erfüllen. Bis jetzt werden dort noch Stundenlöhne von 1,10 Mk. pro Stunde gezahlt; gefordert wurden 2 Mark pro Stunde. Bei einer stattgefundenen Verhandlung hat der Herr Direktor die Forderungen der Arbeiter glattweg abgelehnt, weil dieselben nach seiner Ansicht noch unberechtigt seien. Ja, er hat es noch nicht einmal für nötig gehalten, dem Vertreter der Organisation, unserem Zahlstellenvorsitzenden, eine Mitteilung zukommen zu lassen, und als er hierauf aufmerksam gemacht wurde, erklärte er, daß keine Freimarke beigelegt worden sei. Unser Vorsitzender erklärte dem Herrn Direktor, daß ihm das nächstemal eine Freimarke und außerdem ein Fünfmarkschein beigelegt werden würde. Man sollte es kaum für möglich halten, daß es auch jetzt noch immer Unternehmer gibt, welche einen derartigen Standpunkt vertreten. Die Anforderungen, die in diesem Betrieb an die Arbeiter gestellt werden, sind in materieller und gesundheitlicher Hinsicht sehr hohe und ist die Forderung vollkommen berechtigt. Die Arbeiterschaft wird selbstverständlich nicht von ihrer Forderung abgehen, und es wird sich ja zeigen, ob der Herr Direktor auf seinem Standpunkte verharrt.

† Bremen. In Vereinbarungen mit den Delmenhorster Mühlenwerken wurden die Löhne um 25 Pf. pro Stunde aufgebessert. Ein Urlaub von 3 bis 6 Arbeitstagen wurde neu eingeführt. Die Arbeitszeit ist eine achtstündige.

† Pritzwalk. Tarifabschluß. Durch den allgemeinen Streik am Orte gelang es auch die Kollegen in der Stadtmühle zu organisieren. Es wurden Forderungen aufgestellt und nach Verhandlungen mit der Firma Stadtmühle (Seeger u. Paulin) kam es zum Abschluß eines Tarifvertrages. Erreicht wurde die Ersetzung der Stundenlöhne durch Wochenlöhne. Die Lohnaufbesserungen betragen pro Woche 14,40—27 Mk. Die Ueberstundensätze wurden wesentlich erhöht; auch die Bestimmungen des § 616 BGB. wurden zur Anerkennung gebracht. Urlaub wurde nach 1 Jahr 4 Tage, nach 2 Jahren 6 Tage erreicht. Ferner wurde vertraglich festgelegt, daß bei Neueinstellungen nur Mitglieder unseres Verbandes berücksichtigt werden dürfen.

Brennereien, Hefefabriken.

† Bochum-Gelsinghausen. Nach wiederholten Verhandlungen ist es gelungen, die Verhältnisse in der Rheinisch-Westfälischen Brennerei und Likörfabrik in Gelsinghausen wesentlich zu verbessern. Bei unserer Eingabe glaubte die Firma uns dadurch abweisen zu können, indem sie anführte, für ihren Betrieb seien wir nicht zuständig. An Lohn wurde für alle Arbeiter über 18 Jahre erreicht pro Woche 105 Mk., unter 18 Jahren 80 Mk. Urlaub wird bis zu 12 Tagen gewährt, der nach 8 Jahren erreicht wird. § 616 kommt zur Anwendung, indem für 14 Tage die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bei Krankheit bezahlt wird. Die Fahrer bekommen als Spesen ihre wirklichen Auslagen vergütet.

In Rücksicht darauf, daß sich die Kollegen erst kürzlich dem Verband angeschlossen haben, ganz nennenswerte Fortschritte. Die Lohnsteigerungen betragen 30—40 Mark. Hoffentlich finden die übrigen Brennereiarbeiter im Bezirk recht bald den Weg zur Organisation, denn nur diese ist in der Lage die wirtschaftlichen Verhältnisse den heutigen Umständen anzupassen. Also hinein in den Verband!

† Bruchsal. Mit der Badisch-Württembergischen Kognakbrennerei Hirsch u. Lichter haben wir erstmals einen Tarifvertrag abgeschlossen. Die Arbeitszeit beträgt pro Woche 47 Stunden. Es wird ein Wochenlohn eingeführt. Da der Küferverband für den Bezirk Mittelbaden nur 75 Mk. pro Woche fordert, konnte die Firma vorerst nicht darüber hinausgehen. Ueberstunden werden werktags mit 50 Proz., Sonn- und Feiertags mit 100 Proz. Zuschlag bezahlt. An Urlaub wird gewährt die ersten fünf Dienstjahre sechs Tage, die zweiten fünf Dienstjahre neun Tage und von da ab 12 Werktage. Der Vertrag gilt auf unbestimmte Zeit und kann mit einmonatlicher Frist gekündigt werden. Die übrigen Betriebe in Bruchsal könnten sich an dieser Firma ein Beispiel nehmen. Die Mälzereien haben sich durch die kriegswirtschaftlichen Arbeiten bereichert, aber den Arbeitern zahlen sie Hungerlöhne. Die Brauerei Denner glaubt der Organisation nach alter Scharfmachermanier entgegentreten zu können. Den erhöhten Bierpreis steckt sie in die Tasche, aber den Arbeitern die vereinbarte Zulage auszuzahlen, fällt diesen Herren nicht ein. Die Zeit der ungehemmten Ausbeutung ist aber für Bruchsal jedenfalls vorbei, wenn nur die Arbeiterschaft die Organisation immer mehr stärkt.

† Flensburg. Durch Einigkeit und Anschluß an unsere Organisation sind auch die Arbeiter der Spritbrennerei C. C. Christiansen und der Dommerlunderfabrik H. G. Dethlefssen zu recht wesentlichen Lohnerhöhungen gekommen. Im Februar d. J. erhielten dieselben noch Löhne von 38—41 Mk., heute solche von 75 bzw. 82,50 Mk. Viele, viele Male wurde von den hiesigen Kollegen vor dem Kriege versucht, diese in altpatriarchalischen Verhältnissen lebenden Kollegen für den Verband zu gewinnen, doch leider standen dieselben allzusehr unter dem Einfluß der Arbeitgeber. Die Revolution und die kolossale Teuerung bei Hungerlöhnen haben auch diese Kollegen zu uns geführt, so daß diese geschlossen organisiert sind und sich als eifrige Verbandskollegen gegen Willkommen als treue Mitkämpfer!

Verschiedene Betriebe.

† Bruchsal. Nachdem wir den Schlichtungsausschuß angerufen haben, stehen sich auch die noch schwebenden Lohnbewegungen durch Verhandlungen erledigen. Die Brauerei L. Denner schloß einen Tarifvertrag mit uns ab, der schöne Verbesserungen mit sich bringt. Der Lohn beträgt 75 Mk. Versicherungsbeiträge werden nicht abgezogen und die Differenz am 1. April nachgezahlt. Urlaub wird bis zu 2 Wochen gewährt.

Die Mälzerei Moritz Marx will die Arbeiter mit Notstandsarbeiten weiter beschäftigen und war daher bezüglich der Lohnerhöhung etwas zugeknöpft. Es wurden aber dennoch eine Lohnerhöhung von 12 Mk. pro Woche und eine kleinere einmalige Zulage erreicht. Die mit Bauarbeiten beschäftigten Männer erhalten eine Aufzahlung bis zur Höhe des tariflichen Lohnes der Bauarbeiter. Bei Mälzereiaufträgen ist die Firma bereit, einen Tarifvertrag abzuschließen.

Es ist also in kurzer Zeit erhebliches für die Kollegen in Bruchsal herausgekommen. Obwohl die Vorteile der Organisation auf der Hand liegen, gibt es in Bruchsal noch Berufsangehörige, die dem Verband noch fernstehen. Es muß daher erwartet werden, daß jeder seine Pflicht erfüllt.

† Lynck. Mit der Aktienbrauerei und Preßhefefabrik wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die Lohnerhöhungen betragen pro Woche 15 Mk. Für Ueberstunden wird des Wochentags 1,75 und des Sonntags 2,25 Mark bezahlt, für Jugendliche 1 Mk. bzw. 1,50 Mk. Differenz zwischen Lohn und Krankengeld für 3 Wochen. Urlaub bis zu 2 Wochen. Für Sonntags-Dienst einen vollen Schichtlohn. Für volle Sonn- und Feiertage sowie für die siebenten Schichten den doppelten Schichtlohn. Den Brennern für die Sonntagsdienste täglich 5 Mk. Zehrgeld. Im Krankheitsfalle gab es bisher nichts. Desgleichen keinen Urlaub. In den anderen Sachen fanden bedeutende Erhöhungen statt.

Korrespondenzen.

Hamburg. Am Sonntag, den 15. Juni, vormittags 9 Uhr, fand im Gewerkschaftshause eine überfüllte Mühlenarbeiterversammlung statt, die sich eingehend mit den Zuständen in den Mühlenbetrieben geltenden Lohnsätzen befaßte. Es wurde hervorgehoben, daß die Mühlenarbeiter in der jetzigen teuren Zeit mit zu den am schlechtesten entlohnten Arbeitergruppen zählen. Nach zweistündiger lebhafter Aussprache gelangte folgende Entschließung zur einstimmigen Annahme: „Die am Sonntag, den 15. Juni, im Gewerkschaftshause tagende Mühlenarbeiterversammlung erklärt nach reiflicher Ueberlegung angesichts der enormen Steigerung der Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel mit den bisher gezahlten Löhnen nicht mehr auskommen zu können, sie beschließt, in eine Bewegung zur Erhöhung der Löhne einzutreten. Die Versammlung beansprucht einen Lohn von 150 Mk. für männliche und 100 Mark für weibliche Arbeiter pro Woche als das mindeste Existenzminimum, und beauftragt die Organisationsleitung sofort eine dahingehende Forderung bei den Arbeitgebern einzureichen." Unter Punkt „Verschiedenes" wurde die Lohnbewegung bei der Firma [illegible] Lange, Altona, welche durch Annoncen in den verschiedenen Tageszeitungen [illegible] Arbeitskräfte sucht, einer scharfen Kritik

mitgezogen. Hierzu bemerkte Gerwalder: Bevor die ersten Annoncen seitens der Firma F. W. Lange erschienen, wurde von unserem Arbeitsnachweis das Ersuchen an das Münner Arbeitsamt gestellt, etwaige Arbeitergesuche der Münner Müller dem Arbeitsnachweis zu übermitteln. Das wurde mündlich und schriftlich abgelehnt, indem das Münner Arbeitsamt offene Stellen mit nur Münner Arbeitslosen besetzen will. Von der Firma F. W. Lange werden nun die Leute recht willkürlich eingestellt, ohne sich um das Münner Arbeitsamt und unseren Nachweis zu kümmern. Als kürzlich durch Vermittlung des Hamburgischen Arbeitsamtes von unserem Nachweis sechs Müller für Lange verlangt wurden, wurde kein einziger von diesen eingestellt. Nach wie vor erschienen die Arbeitergesuche dieser Firma in den Tagesblättern und in unserem Nachweis meldeten sich zu derselben Zeit laut Stellenliste des Hamburgischen Arbeitsamtes durchschnittlich 40 gelernte Müller pro Tag. Mitgeteilt wurde noch, daß die Firma Hedrich die in ihrem Betriebe nach Arbeit anfragenden Arbeitslosen nach dem Arbeitsamt schicken, um sich dort einen Schein zu holen, daß sie bei Hedrich in Arbeit treten könnten. Hierdurch werden die beim Arbeitsamt eingetragenen Arbeitslosen schwer benachteiligt. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, der die Betriebsräte verpflichtet, bei Neueinstellung von Arbeitskräften ganz besonders darauf zu achten, ob auch die Leute vom Arbeitsnachweis gesandt sind.

Leipzig. Versammlung 11. Juni. Zum ersten Punkt, Besprechung und Erläuterung der letzten Vereinbarungen mit den Arbeitgebern, macht der Vorsitzende Kollege Bochler folgende Ausführungen: Die letzte Lohnbewegung, die zum Streik führte, hatte einen schönen Anfang, aber durch das Eingreifen der Noskentruppen ein schlechtes Ende genommen. Aber auch die Unternehmer, die den Schlichtungsausschuß angerufen hatten, sind nicht auf ihre Kosten gekommen, was beweist, daß sie den Schiedsspruch nicht anerkannt haben. Die Vorlage, die uns durch den Syndikus zugegangen war, mußte, um die Kollegen nicht noch mehr zu schädigen, so schnell als möglich unterzeichnet werden, da vom dem Tag der Unterzeichnung ab die Abmachungen erst in Kraft treten. Die Mißstände, die nun noch in den einzelnen Betrieben bestehen, sollen die Vertrauensleute mit den Arbeiterausschüssen beseitigen, um die Verwaltung, die so schon mit Arbeiten überlastet ist, nicht noch mehr zu belasten. — In der Diskussion kommt zum Ausdruck, daß man den Streik nicht hätte abbrechen sollen, da die Meinung vorherrscht, daß die Unternehmer uns das zugestehen mußten, was vom Schlichtungsausschuß uns zugestanden war.

Dann gibt Stöckein den Bericht des ersten Quartals. Die Gesamteinnahme betrug 11 568,75 Mk. Die Ausgaben 6925,80 Mk. An die Hauptkasse wurden gesandt 4722,95 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Quartals 1754 männliche und 207 weibliche Mitglieder. Unter Gewerkschaftliches wurde auf verschiedene Mißstände, die in einzelnen Betrieben bestehen, hingewiesen und scharfe Kritik daran geübt. Der Vorstand wurde beauftragt, schnellstens mögliche Abhilfe zu schaffen. Zum Schluß wurden dem Kollegen Bochler noch verschiedene Richtlinien zum Verbandstag mitgegeben.

Die Brauereiarbeiter wissen, daß sie in Anbetracht der Situation Verschlechterung insofern erhielten, daß z. B. in Krankheitsfällen Verkürzung der ⅓-Zahlung eine Verschlechterung bringt. Es wird von einer Seite besonders betont, daß die Unternehmer dadurch erbittert wurden, weil die Pferdepflege nicht zugelassen worden sei. Auch sonst werden die Unternehmer von dieser Seite derart in Schutz genommen, daß es für die weiteren Kämpfe für die Brauereiarbeiter sehr scharf ins Auge zu nehmen ist. Glauben die Brauereien, daß man wirklich die Verhältnisse erhalten, wie den Brauereiarbeitern zumuten kann, bis zum Ende dieses Jahres warten zu können? Kollegen und Kolleginnen, trotz dieser Vertröstungen und Entstellungen erheben wir immer wieder: Schafft eine einheitliche Organisation! Wir behalten uns für die kommende Zeit vor, dies an der Oeffentlichkeit zu beleuchten. Trotz alledem agitiert, und duldet nur organisierte Kollegen im Betriebe!

Mülheim (Baden). Eine Organisation kann ich nicht brauchen, sagt der Brauereibesitzer Lauer in Mülheim, was wir ihm bei den Zuständen, die in diesem Betrieb herrschen, gerne glauben wollen. Wenn die dort beschäftigten Arbeiter auch glauben, daß sie die Organisation nicht brauchen, dann ist ihnen nicht zu helfen.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Bayern und Baden in der Brauereiengemeinschaft. Die Nationalversammlung hat in der Sitzung vom 23. Juni die Vorlage über den Eintritt der Freistaaten Bayern und Baden in die Brausteuergemeinschaft angenommen.

Der **Englandische Brauerverein** beschäftigte sich in seiner Hauptversammlung am 23. April u. a. mit der Lohnfrage. Der Syndikus des Bundes, Dr. Mayer, berichtete, wie in der „Allg. Brauer- und Hopfen-Zeitung“ zu lesen, „begreiflich der uns drohenden Gefahr durch weitere Lohnforderungen der Arbeiter über seine Erlebnisse mit den Gewerkschaften; dieselben hätten ihre Leute selbst nicht mehr im Zügel, und gab der Redner anheim, weitgehenden Forderungen gegenüber energisch zu protestieren und evtl. mit der Betriebseinstellung zu drohen.“

Herr Dr. Mayer hat hierbei wohl nicht an die uns drohende Gefahr der weiteren Preissteigerung gedacht. Hält er an, dann werden alle Proteste und Drohungen der Unternehmer mit Betriebseinstellung die Arbeiter nicht von weitgehenden Forderungen abhalten können, weil gerade der Teuerung entsprechend, und sie müssen auch ihren Lebensunterhalt entsprechend mit allem Nachdruck ihre Forderungen durchzusetzen versuchen. Die Arbeiter aber werden hier durch diese Willenskundgebung wieder einmal auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer starken und geschlossenen Organisation aufmerksam gemacht.

Zur Einführung des Achtstundentages in den Mühlen erläßt der Bayerische Müllerbund an seine Mitglieder ein spezielles Rundschreiben. In diesem wird darauf hingewiesen, daß die Gewerberäte an die Mühlen die Aufforderung ergehen ließen, sofort den Achtstundentag einzuführen, widrigenfalls Strafanzeige erfolge.

Demgegenüber beruft sich der Bayerische Müllerbund auf Erklärungen der früheren Minister Auer und Unterleitner, daß die Einführung des Achtstundentags in der Landwirtschaft und in den Mühlen auf dem Lande nicht durchführbar sei.

Dem Bayerischen Müllerbund sind selbstverständlich diese angeblichen Erklärungen der früheren Minister ein gefundenes Fressen, und er ist erneut bemüht, auch den neuen bayerischen Landwirtschaftsminister Steiner für seine Auffassung, daß der Achtstundentag in den Mittel- und Kleinmühlen nicht durchführbar sei, einzufangen. Der Bayerische Müllerbund versucht geschickt, die Frage des Achtstundentags mit der Mahllohnfrage zu verquicken.

Demgegenüber verweisen wir unsere Kollegen auf die Tatsache, daß die Einführung des Achtstundentags durch Reichsverordnung vom 23. November 1918 verfügt ist, daß Reichs- vor Landesrecht geht und wir fordern hiermit die bayerischen Kollegen auf, unbekümmert um die Aeußerungen früherer oder jetziger Minister mit der Einführung des Achtstundentages endlich kurzen Prozeß zu machen, indem sie einfach alle über acht Stunden täglich hinausgehende Arbeit verweigern und gegen alle Mühlenbesitzer, welche die Reichsverordnung vom 23. November 1918 noch nicht durchgeführt haben, Strafanzeige erstatten.

Das könnte den Herren so passen; die infolge der Einführung des Achtstundentags ihnen durch unsere Vermittlung zugestandene Mahllohnerhöhung wollen sie ohne Gegenleistung in die Tasche stecken.

Da machen wir nicht mit, das sollen sich die Herren ein für allemal gesagt sein lassen!

Die Mühlenarbeiter der größeren und mittleren Mühlen in der Schweiz haben durch ihre Organisation tariflich den Achtstundentag bekommen. Die Mühlenbesitzer haben den neuen Verhältnissen auch dort Rechnung tragen müssen. Die Lohnverhältnisse, die gleichzeitig mit geregelt wurden, sind weniger befriedigend. Schuld daran ist, daß die Schweizer Mühlenarbeiter in ihrer Organisation noch schwach vertreten sind. Die meisten glauben noch immer, daß ihre Arbeitsbedingungen von selbst sich bessern werden und haben bisher den Ausbau ihrer Organisation vernachlässigt. Es gibt ja auch bei uns in Deutschland noch Zehntausende solcher kurzsichtiger Kollegen, die immer noch nicht begriffen haben, daß man nicht ernten kann, wenn man nicht vorher gesäet hat.

Verbandsnachrichten.

Diese Woche ist der 27. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Verbandsbeamte gesucht

Für den Bezirk **Berlin** und die Zahlstellen **Braunschweig** und **Magdeburg** wird je ein

Beamter

für die **Hauptverwaltung** außerdem ein

Hilfsarbeiter

für sofort gesucht.

Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein, die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen und in agitatorischer und organisatorischer Hinsicht den Anforderungen gewachsen sein, welche an einen Verbandsangestellten gestellt werden.

Schriftliche Bewerbungen, aus welchen ersichtlich sein muß, für welchen der hier ausgeschriebenen Posten die Bewerbung erfolgt, sind bis 15. Juli 1919 an den Verbandsvorstand, Berlin O. 27, Schillerstraße 6 IV, zu richten.

Der Verbandsvorstand.

Das Protokoll über den Stuttgarter Verbandstag ist in Vorbereitung und wird demnächst erscheinen. Bei den gestiegenen Preisen für Druck und Papier beträgt der Preis pro Exemplar

1,50 Mk.

Um die Auflage feststellen zu können, wollen alle Zahlstellen sofort unter Einsendung des Betrags die von ihnen gewünschte Anzahl der Protokolle beim Hauptvorstand bestellen.

Der Hauptvorstand gab seine Zustimmung, daß die Zahlstellen Ueterfen, Namslau, Alfeld und Grabow je 10 Pf. Lokalbeitrag wöchentlich erheben. Damit ist der erhöhte Beitrag Pflichtbeitrag für alle Mitglieder dieser Zahlstellen geworden.

Es wird dringend ersucht, Materialbestellungen, insbesondere Beitragsmarken, nur durch grünen Materialbestellschein vorzunehmen.

Die Hauptverwaltung.

Eingänge der Hauptkasse

vom 22. bis 29. Juni.

Dessau 45,30; Dresdener Bank, Berlin, 116,25; Berlin 9,60; Berlin 80,55; Burgsteinfurt 2,70; Bielefeld —,60; Harburg 800,—; Mülheim 500,—; Pritzwalk 240,—; München 3,70; Reichenhall 30,—; Schwiebus 6,60; Speyer 375,77; Oggersheim 272,60; Rahnsdorf 9,10; Langensalza 901,98; Insterburg 800,— Mk.

Materialversand.

Berlin: 600 a 70, 100 a 50. Eberswalde: 25 K. Karlsruhe: 500 a 70, 100 a 50. Hildesheim: 1200 a 80. Offenburg: 3000 a 80. Grabow: 20 K., 200 a 70. Greifswald: 100 a 70. Brieg i. Schl.: 15 K., 2500 a 70. München: 30 000 a 80. Hamburg: 100 a 70, 700 a 60, 200 a 50. Lauterbach a. H.: 900 a 80. Halberstadt: 300 a 50. Langensalza: 250 a 70, 100 a 60. Ratibor: 25 K. Hamm i. Westfalen: 1000 a 80, 300 a 70, 1000 a 60. Worms: 300 a 80, 5000 a 70. Potsdam: 50 K., 500 a 60. Rudolstadt: 10 K. Mülheim a. Ruhr: 1000 a 80, 500 a 60. Eschwege: 1000 a 70. Gelnhausen: 800 a 80, 400 a 70, 400 a 60. Rheydt: 1000 a 70. Eberswalde: 800 a 70, 100 a 50. Quedlinburg: 1000 a 70, 100 a 50. Schweidnitz: 250 a 50. Hirschberg: 400 a 70, 800 a 60. Rothenburg a. T.: 20 K., 400 a 70. Ansbach: 1000 a 60. Hamburg: 20 000 a 80. Göppingen: 500 a 80. Langensalza: 3000 a 70, 2000 a 60, 1000 a 50. Forst: 100 a 70, 100 a 50. Grabow: 200 a 50. Stettin: 100 B., 500 K. Danzig: 2000 a 80, 500 a 50. Straubing: 2000 a 80, 100 a 60. Harburg a. Elbe: 3000 a 70. Leipzig: 20 000 a 80. Segeberg: 300 a 70, 200 a 50. Bremen: 10 000 a 60.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Crimmitschau. Vorsitzender: W. Bläsing, Marienstraße 7. Kassierer: Aug. Wolff, Schulstr. 42.

Grünberg i. Schl. Vorsitzender und Kassierer: Fritz Tschammer, Gartenstr. 5. Versammlung jeden letzten Freitag im Monat im „Deutschen Kaiser“.

Memmingen. Vorsitzender: Josef Unger, Brauer, Kuttelstr. 30, II. Versammlung jeden 3. Sonntag, vormittags 10 Uhr, im „Hasen“.

Saarbrücken. Alle Zuschriften an W. Heinrichs, Kaiserslautern, Ludweiler Straße 24.

Tilsit. Vorsitzender: F. Rohse, Stolbecker Straße 17.

Versammlungsanzeigen.

Sonnabend, den 5. Juli.

Celle. 5 Uhr: bei Knop, Fritzenwiese.
Sangerhausen. 8 Uhr: „Herrenkrug“.
Schweinfurt. 7 Uhr: bei Vogt, Krumme Gasse 23.
Stendal. 8 Uhr: bei Grothe.
Wernigerode. 8½ Uhr: „Volksgarten“.

Sonntag, den 6. Juli.

Crimmitschau. 2½ Uhr: Herberge zur Heimat.
Detmold. vormittags 10 Uhr: „Zentralhalle“.
Eggersleben. Vorm. 10 Uhr: Lokal Peine.
Frankenhausen. 3 Uhr: Bauersfelds Restaurant.
Glogau. 7 Uhr: bei W. Koske.
Schw.-Gmünd. 2 Uhr: „Eisenhammer“, Mutlanger Straße 26.
Hameln. 3 Uhr: Gewerkschaftshaus.
Hamm. Vorm. 10 Uhr: Braun, Feidickstr. 81.
Heidenheim. Vormittags 9½ Uhr: Gasthaus „Felsen“.
Hirschberg. 3 Uhr: „Zur Post“, Kunersdorf.
Insterburg. Gewerkschaftshaus, Guttmannstraße 4.
Kaufbeuren. Gasthaus zum Engel.
Kassel. Mühlenarbeiter. 4 Uhr: Mittelgasse 9.
Königsee. 3 Uhr: Felsenkeller.
Kreuzburg i. Schl. 3 Uhr: Brauerei-Ausschank O. Speer.
Krotoschin. 1½ Uhr: bei Olejniczak, Am Markt.
Lindau i. B. 2 Uhr: bei Friedmann in Schönau.
Löwenberg i. Schl. Vormittags 10 Uhr: „Lindenhalle“.
Osnabrück. Vormittags 11 Uhr: bei Hengst, „Augustenburg“.
Pegau. 3 Uhr: „Klosterschenke“.
Potsdam. 2½ Uhr: bei Hausmann.
Quedlinburg. 2 Uhr: „Kaiser Friedrich“, Augustinern 14.
Rosenheim. Zur Sterngarten.
Rudolstadt. 2 Uhr: „Bürgerbräu“.
Saalfeld. 9 Uhr: „Erholung“.
Siegen. 2½ Uhr: bei Jung, Sandstr. 54.
Scheibe. 8 Uhr: bei Marthin.
Speyer. 2 Uhr: bei Schweickert, „Zur neuen Pfalz“.
Stolp. 3 Uhr: bei Selke, Poststr. 1.
Traunstein. Vormittags 10 Uhr.
Ueterfen-Tornesch. Bei Siewers in Ueterfen.
Witten. Vormittags 10 Uhr: bei Worflage, Neue Bahnhofstraße 5.
Wurzen. 3 Uhr: im „Stettiner Hof“.
Zeitz. 3 Uhr: bei Kämpfe, Schützenstr. 8.

Mittwoch, den 9. Juli.

Plauen i. V. 7½ Uhr: Gewerkschaftshaus „Schillergarten“.
Rostock. 8½ Uhr: „Philharmonie“.

Sonnabend, den 12. Juli.

Minden. 6 Uhr: bei Backe, Königstraße.
Mühlhausen i. Th. 8 Uhr: „Burgkeller“.

Nachruf.

Unser Kollege, der Mühlenbauer

Pelebeck

starb am 26. Juni nach einer längeren Krankheit. Wir werden dem braven Mitarbeiter ein ehrendes Andenken bewahren.

Die organisierten Mühlenarbeiter von Heidelberg.

Unserm lieben Kollegen **Wilhelm Schulz** zur Hochzeit und zum Geburtstag am 30. Juni die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen (Reservefahrer) der Brauerei Patzenhofer Abt. Norden.

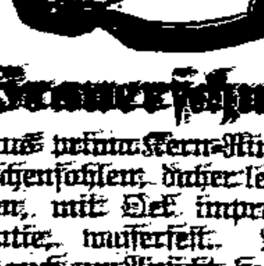
Unserm Kollegen **Jakob Firm** sowie seiner lieben Braut, **Josef Westmüller** nebst seiner lieben Braut und **Anton Langwieser** und seiner lieben Braut die besten Glückwünsche zur Vermählung.

Zahlstelle Landshut.

Wasserdichte Holzschuhe in prima Rindleder.

Verlangen Sie gefl. Preisliste.

Geschw. Berg, Dortmund
Wessenhellweg 110.



Brauerschuhe

nur aus prima Kern-Rindleder, Donnichensohlen, daher leicht im Tragen, mit Oel imprägniert. Garantie, wasserfest. Musterpaare auch zur Ansicht, bei franko retour. Paar 25 Mk. per Nachnahme. Preisliste gratis.

Jos. Rank, Holzschuhfabrik, Furth i. Wald Nr. 32.

„Wasserteufel“

ist und bleibt der beste Brauerschuh. Paar 25 Mk.

Josef Urban, Cham, Bayern.

Mein „Ideal“-Schuh

ist der beste für Brauer.

Mit 2 Schnallen, glattes Leder à 20,— Mk., mit Leder besohlt und Nägeln à 22,— Mk., Roßhaarsohlen à 1,50 Mk. Reparaturen werden bestens ausgeführt. Preisl. gratis.

Heinrich Schäfer, Holzschuhfabrik, **Hanau a. M., Schirnstr. 5.**